

„Münchener Appell“

Arbeitsmigration fair gestalten – in Deutschland und für die Menschen und Länder im östlichen Europa

Am 31. August und 1. September kamen unter dem Titel „Aufbruch in ein besseres Leben? Herausforderung faire Arbeitsmigration“ rund 200 Menschen aus Deutschland und Mittel-, Ost- und Südosteuropa zum 26. Internationaler Kongress Renovabis in München und online zusammen. Sie beschäftigten sich mit den Chancen, die Arbeitsmigration aus dem östlichen Europa eröffnet, aber nahmen auch die Schattenseiten in den Blick. Es wurde einmal mehr deutlich, dass es sich bei einer fairen Gestaltung von Arbeitsmigration um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, die die Auswirkungen für die Herkunftsländer und Zielländer in den Blick nimmt und der internationalen Zusammenarbeit bedarf.

Zum Abschluss des Kongresses erhebt Renovabis in einem „Münchener Appell“ folgende Forderungen:

1) Keine moralische Verurteilung

Migration ist in der Menschheitsgeschichte eine Normalität. Sie hat viele Gründe: Flucht vor Krieg und existentieller Not und Gefährdung, ebenso wie die Suche nach einem besseren Leben, besseren sozialen und finanziellen Möglichkeiten, mehr Bildung, Partizipation und Demokratie. Arbeitsmigration kann viele Chancen bieten – für die Migrantinnen und Migranten selbst wie für die Herkunfts- und Zielländer. Nicht zuletzt kann durch unmittelbare Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft Dialog und wechselseitiges Verständnis der Menschen gefördert werden, so dass Europa ein Stück zusammenwächst.

Wir appellieren an uns alle: Nehmen wir keine moralische Verurteilung von Menschen vor, die zur Arbeit in ein anderes Land gehen.

2) Stärkere soziale Dimension der EU

Wir bekräftigen, dass Personenfreizügigkeit ein grundlegendes europäisches Gut ist. In Deutschland gehen derzeit offiziell rund 1,7 Millionen Menschen aus den östlichen EU-Ländern einer regulären Beschäftigung nach. Sie schließen viele Lücken auf dem Arbeitsmarkt und arbeiten oft in Sektoren, in denen Einheimische nicht arbeiten wollen. Die Beschäftigung dieser Menschen zeigt die Früchte der EU-Freiheiten, zugleich aber auch die grundlegende Problematik. Aufgrund des bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Gefälles, besonders von West- nach Osteuropa, werden Arbeitsmigrantinnen und -migranten oft schlechter bezahlt und nicht selten ausgebeutet. Zudem gibt es eine hohe Dunkelziffer von Beschäftigten in nicht regulären und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen sowie eine große Zahl von Arbeitskräften, die gemäß der europäischen Entsenderichtlinie in Deutschland tätig sind.

Wir appellieren an die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten: Es müssen mehr politische Anstrengungen unternommen werden, damit Armut, Arbeitslosigkeit und auch Korruption in den Herkunftsländern wirksam bekämpft, das wirtschaftliche Gefälle zwischen West und Ost überwunden und annähernd gleichwertige Lebensbedingungen in Europa geschaffen werden. Die EU braucht eine stärkere soziale Dimension. Die 2017 proklamierten Grundsätze der Europäischen Säule sozialer Rechte zur Schaffung fairer Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und eines angemessenen Sozialschutzes stellen hierzu einen geeigneten Rahmen für die Weiterentwicklung dar.

3) Fairer Ausgleich für die Herkunftsländer

Die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland bedeutet bislang stets, dass die Herkunftsländer die Ausbildungskosten tragen und dass diese Kräfte dann dort fehlen. Die Länder verlieren wichtiges Potenzial für ihre Wirtschaft und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit, manche Regionen drohen zu verwaisen.

Wir appellieren an die deutsche Bundesregierung: Verbunden mit der Anwerbung und Beschäftigung von Arbeitskräften aus den östlichen Nachbarländern muss ein finanzieller und sozialer Ausgleich für die Herkunftsländer geschaffen werden.

4) Gesetzliche Regelung statt „grauer Pflegemarkt“

Viele pflegebedürftige Personen in Deutschland können nur weiter in ihren eigenen vier Wänden wohnen bleiben, wenn sie eine sogenannte „24-Stunden-Betreuung“ (Live-In-Pflege) durch zumeist aus Mittel- und Osteuropa stammende Personen in Anspruch nehmen. Diese Dienstleistung findet in einem

rechtlichen Graubereich statt und wird mehr oder weniger von der Politik und der Allgemeinheit geduldet.

Wir appellieren an die deutsche Öffentlichkeit und die deutsche Bundesregierung: Wir müssen uns eingestehen: ohne diese Form der Ausbeutung von Arbeitskräften könnte sich kaum jemand häusliche Pflege rund um die Uhr leisten. Pflegebedürftigen und pflegenden Menschen muss gleichermaßen Wertschätzung entgegengebracht werden. Der „graue Pflegemarkt“ ist unbefriedigend und ruft auf Dauer nach einer gesetzlichen Regelung. Steigende Kosten hierfür dürfen nicht einseitig zu Lasten der Pflegebedürftigen gehen. Es bedarf einer gesellschaftlichen Sorgeskultur wie einer besseren finanziellen Ausstattung der Pflege.

5) Gleiche Entlohnung und konsequente strafrechtliche Verfolgung bei illegalen Praktiken

Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse gibt es vor allem auch in der Landwirtschaft, in der Lebensmittelindustrie, auf dem Bau, im Handel und in der Logistikbranche. Viele Arbeitskräfte aus dem Osten Europas sind in Deutschland – häufig unter ihrem Ausbildungsniveau – im Niedriglohnsektor tätig und werden gegenüber einheimischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beim Verdienst benachteiligt. Dabei tragen regulär beschäftigte und angemessen entlohnte Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa sogar zu einer Stärkung unseres Sozialsystems bei.

Wir appellieren an die Arbeitgeber und an die Politik in Deutschland: Es muss immer der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ gelten und dieser Grundsatz muss auch wirksam durchgesetzt werden. Hierzu braucht es mehr Kontrollen der deutschen Behörden, um Arbeitsrechten gerade in schwierigen Branchen Geltung zu verschaffen. Mafiöse Strukturen auf dem Arbeitsmarkt müssen strafrechtlich konsequent verfolgt werden.

6) Anerkennung und Wertschätzung

In Deutschland würden inzwischen zentrale Bereiche der öffentlichen Versorgung und der Wirtschaft zusammenbrechen, wenn wir keine Arbeitskräfte aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa hätten.

Wir appellieren an uns alle: Schenken wir daher diesen Menschen, die wichtige, aber oft verkannte Leistungsträgerinnen und -träger unserer Gesellschaft sind, in unserem Alltag und in der persönlichen Begegnung mehr Anerkennung und Wertschätzung.

7) Ausbau von Beratung und Stärkung der Selbstorganisation

Menschen in der Migration befinden sich meist in einem für sie noch fremden Land, mit oft fremder Sprache und fremdem Arbeitsrecht. Sie kennen daher häufig ihre Rechte nicht und es fällt ihnen besonders schwer, ihre Rechte einzufordern. Beratung und Information tun Not.

Wir appellieren an Politik, Gesellschaft und Kirche: Das vorhandene Beratungs- und Informationsangebot für Arbeitsmigrantinnen und -migranten ist weiter auszubauen bzw. niederschwellig zugänglich zu machen. Die Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten, aber auch die muttersprachlichen Gemeinden, die neben ihrer seelsorglichen Begleitung eine wichtige soziale Beratungs- und Vernetzungsfunktion für die einzelnen Migrantengruppen haben, sind weiter zu stärken und zu unterstützen.

Renovabis, die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, hat sich dem Thema „Faire Arbeitsmigration in Europa“ seit seiner Gründung angenommen. Durch Unterstützung von Projekten im Osten Europas setzen wir uns dafür ein, dass Menschen eine Bleibeperspektive haben und nicht aus Not ihre Heimat und ihre Familien verlassen müssen. Zugleich sehen wir, wie sehr Herkunftsregionen unter der Abwanderung leiden. Durch Projektförderung versuchen wir diese gravierenden Folgen der Arbeitsmigration abzumildern.

In der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit schaffen wir – auch in Kooperation mit anderen kirchlichen und gesellschaftlichen Akteuren – Bewusstsein für positive und negative Folgen von Migration und engagieren uns gegen Menschenhandel und gegen Ausbeutung von Arbeitskräften. Die Pfingstaktion im Jahr 2023 wird unter dem Leitwort stehen: „Sie fehlen. Immer. Irgendwo. Arbeitsmigration aus Osteuropa“. Uns liegt auch am Kontakt und an der Zusammenarbeit mit den muttersprachlichen Gemeinden, die sich um die zugewanderten Menschen aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa kümmern.

Aktuelle Orientierung für das Engagement von Renovabis bietet neben dem Austausch mit Dialog- und Projektpartnern das Gemeinsame Wort „Migration menschenwürdig gestalten“, das 2021 von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland herausgegeben worden ist.

München, den 1. September 2022